

05.06.2018 – PM 42/2018

HOCHTIEF-Haustarifverhandlungen

## Einigung steht – Arbeitskampf ist abgewendet

**Frankfurt am Main** - Die Beschäftigten des Baukonzerns HOCHTIEF in Deutschland bekommen rückwirkend zum Mai mehr Geld. Nach fünf Verhandlungsrunden einigte sich die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) gestern Abend mit dem Konzernvorstand auf ein Ergebnis. Vorausgegangen war dem ein überaus zähes Ringen. Trotz hervorragender Konjunkturlage und einer Gewinnerwartung des Konzerns von bis zu 15 Prozent in diesem Jahr, war der Arbeitgeber lange nicht bereit, die Beschäftigten angemessen an der Entwicklung zu beteiligen. Die IG BAU hatte vergangene Woche angekündigt, mit dem Termin am gestrigen Montag einen letzten Versuch zu unternehmen, um in freien Verhandlungen einen Abschluss zu erzielen. „Die Einsicht des Unternehmens kam sehr spät und damit buchstäblich in letzter Minute. Ein Arbeitskampf wäre sonst nicht mehr vermeidbar gewesen. Zu tief saß bereits die Enttäuschung der HOCHTIEF-Beschäftigten über die ursprüngliche Absicht ihrer Führung, ihnen trotz Hochkonjunktur noch nicht einmal einen Inflationsausgleich zahlen zu wollen“, sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Carsten Burckhardt. „Der jetzt erzielte Kompromiss kann sich sehen lassen. Er trägt der sehr guten Geschäftslage des Konzerns Rechnung, die aber selbstverständlich erst durch die Leistung der Beschäftigten möglich wird.“

Erstmals erhalten alle HOCHTIEF-Beschäftigten ab dem 1. Mai 2018 deutschlandweit die gleichen Tarifentgelte. Auch das 13. Monatseinkommen gilt nun auf Basis des West-Tarifvertrags bundesweit für alle Beschäftigten.

Im Einzelnen sieht das Ergebnis die Erhöhung von Löhnen und Gehältern in drei Stufen um insgesamt 7 Prozent vor. Ab 1. Mai 2018 4 Prozent, ab 1. Januar 2019 2 Prozent und ab 1. Januar 2020 1 Prozent.

Dazu kommen Einmalzahlungen für gewerblich Beschäftigte in Höhe von 1100 Euro in drei und 500 Euro für Angestellte in zwei Tranchen.

Die Ausbildungsvergütung steigt bundesweit um monatlich 65 Euro. Der Arbeitgeber übernimmt die Fahrt- und Unterkunftskosten für Berufsschulunterricht.

Darüber hinaus wurde die Gründung einer technischen Kommission vereinbart, die für die strategischen Themen wie bezahlte Wegezeit zu den Baustellen, Eltern-Bonus und Sabbatical innerhalb von 15 Monaten Lösungsvorschläge erarbeiten soll.